



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Niema Movassat, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 7. Juli 2016

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2016**

HIER Arbeitsnummer 6/244

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen
die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Günter Krings

Schriftliche Frage des Abgeordneten Niema Movassat
vom 30. Juni 2016
(Monat Juni 2016, Arbeits-Nr. 6/244)

Frage

Auf welche Weise soll die Schaffung einer "Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich" (ZITIS) mit den bereits bestehenden bzw. in der Errichtung befindlichen Strukturen "Kompetenzzentrum Informationstechnische Überwachung" (CC ITÜ), "Kommission Grundlagen der Überwachungstechnik" (KomGÜT) und "Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentren" einiger Bundesländer kooperieren bzw. Teile von deren Aufgaben übernehmen (tagesschau.de vom 23. Juni 2016, Netzpolitik.org vom 13. April 2015), und welche konkreten Leistungen sollen von ZITIS für die Verfassungsschutzämter erbracht werden?

Antwort

Es gibt im Bundesministerium des Innern (BMI) seit längerem Überlegungen, wie die Sicherheitsbehörden besser als bisher in die Lage versetzt werden können, ihre bestehenden gesetzlichen Befugnisse effektiver nutzen zu können. Hierbei geht es um eine Anpassung der technischen Fähigkeiten an die aktuellen Herausforderungen der Kommunikationswelt. Die technischen Herausforderungen, vor denen unsere Sicherheitsbehörden stehen, steigen in fast allen schwerwiegenden Kriminalitätsfeldern permanent an. Dem muss sich die Innenpolitik stellen. Zu diesen noch nicht abgeschlossenen Überlegungen des BMI können wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt antworten:

Die bestehenden gesetzlichen Befugnisse der Sicherheitsbehörden des Bundes bleiben unberührt, neue Befugnisse werden nicht geschaffen. Das Kompetenzzentrum für die informationstechnische Überwachung (CC-ITÜ) auf Bundesebene wird in die Überlegungen mit einbezogen.

Eine unmittelbare Einbeziehung der Länder in die Überlegungen ist nicht vorgesehen. Nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes nehmen diese ihre Zuständigkeiten im Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr grundsätzlich eigenständig wahr.

Dies gilt auch für die gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentren zur Telekommunikationsüberwachung der Länder, der Kommission „Grundlagen der Überwachungstechnik“ (KomGüt) und den Verfassungsschutzämtern der Länder.